

Dokumentation

Es geht um die Reformfähigkeit unserer Gesellschaft

Wir sind zur Zeit alle in sehr ernst zu nehmender Weise herausgefordert:

- herausgefordert durch die anhaltende Arbeitslosigkeit und die tiefgreifende Strukturkrise in einer Reihe wichtiger Wirtschaftszweige mit ihren bedrohlichen sozialen Folgen;
- herausgefordert durch das provokative Verhalten der Arbeitgeber, die mit Unterstützung der mit ihnen verbundenen Politiker und Publizisten in breit angelegter Form zum Angriff auf die Gewerkschaften und auf erkämpfte Rechte und Besitzstände angetreten sind;
- herausgefordert aber auch durch die abscheulichen Verbrechen verblendeter und irreführender Krimineller.

Wir alle waren aufs tiefste betroffen und bestürzt, als wir von den in ihrer Brutalität und Hemmungslosigkeit bisher beispiellosen Morden an den Begleitern des Arbeitgeberpräsidenten erfuhren. Wir hoffen zutiefst, daß Dr. Schleyer unversehrter seiner Familie zurückgegeben wird.

Terroristen sind Todfeinde der Demokratie

Ich möchte noch einmal hervorheben, was der DGB-Bundesvorstand unmittelbar im Anschluß an dieses Attentat erklärt hat: „Terrorismus und politischer Mord sind Todfeinde der Demokratie. Zu ihrer Bekämpfung müssen alle verfassungsmäßigen und rechtsstaatlichen Mittel umfassend und konsequent eingesetzt werden. Jeder der Sympathisanten und Helfershelfer muß wissen: Wer Mörder unterstützt oder mit ihnen sympathi-

siert, ist Feind des demokratischen Rechtsstaates und damit der Arbeitnehmer und ihrer Gewerkschaften. Ihnen allen gilt die ganze Strenge des Gesetzes.“

Wenn ich dies so entschieden feststelle, so bin ich zugleich aber auch von der Sorge darüber erfüllt, daß die Verfechter einer aufgeklärten und kritischen Vernunft es jetzt schwer haben werden, daß im Klima vordringenden autoritären Vergeltungsdenkens liberale und rechtsstaatliche Positionen vermehrt unter Beschuß geraten, daß unter diesen innenpolitischen Verhältnissen soziale Reformpolitik weiter erschwert wird.

Wo mag es hinführen, wenn nunmehr lautstark neue Staatsschutzgesetze und die Wiedereinführung der Todesstrafe gefordert werden?

Wo mag es hinführen, wenn in der Tageszeitung „Die Welt“ die infame Argumentation zu lesen ist, daß ein Sozialdemokrat wie Egon Bahr mit seiner Sympathie für die Befreiungsbewegungen anderswo Rechtfertigungen für Terrorismus bei uns liefere und wenn ein CDU-Bundestagsabgeordneter und Professor nach Zeitungsmeldungen unter frenetischem Beifall seiner Zuhörer Willy Brandt gewissermaßen zum Sympathisanten Nummer 1 der Mordgesellen erklären kann?

Und drittens, wo kann es hinführen, wenn im Kommentar der „Rheinischen Post“ zu lesen ist: „Die Gewerkschaften müssen sich gerade im Fall Schleyer vorhalten lassen, daß in ihren Zeitungen Haß gegen den Arbeitgeberpräsidenten gesät worden ist“?

Das ist eine teuflische Mixtur.

Kühlen Kopf behalten!

Wir werden allen entgegenzutreten haben, die den von uns allen konsequent geführten Kampf gegen den Terrorismus als Mittel politisch fragwürdiger und reaktionärer Demagogie mißbrauchen. Unser Rechtsstaat ist nicht hilf- und wehrlos. Was not tut, ist das in diesen Tagen durchweg praktizierte entschlossene, aber besonnene Handeln in

gemeinsamer Verantwortung, ist die Betonung gerechtfertigten staatspolitischen Bewußtseins, nicht aber Aufputschung und die zusätzliche Beunruhigung der Bürger. Bei aller berechtigten Empörung und Erregung, bei aller notwendigen Entschlossenheit — jetzt muß erst recht gelten: Der freiheitliche Rechtsstaat, den eine Generation nach der furchtbaren Diktatur so erfolgreich aufgebaut hat, darf nicht aufs neue Amokläufern zum Opfer fallen!

Politische Gefahren der Arbeitslosigkeit

Über diesen schrecklichen Ereignissen darf ein Wichtiges nicht aus dem Auge verloren werden: Arbeitslosigkeit, Sorge um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes, Unge- wisse Zukunftschancen junger Menschen, wie wir sie zur Zeit erleben, sind eine nicht zu unterschätzende Gefahr, nicht nur für die soziale und politische Lage der Betroffenen, nicht nur für die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft, sondern auch und gerade für die Stabilität unserer Demokratie. Sie bergen auf Dauer die verhängnisvolle Gefahr irrationaler Politisierung und auf der anderen Seite politische Apathie in sich. Wir sind daher verpflichtet, noch nachdrücklicher zu drängen, diese Quellen der Ängste und des gesellschaftlichen Unfriedens durch eine wirksame Politik der Vollbeschäftigung und der sozialen Sicherung zu beseitigen. Nach Wochen der Diskussion und Spekulation kommt es nun zu weiteren Anstrengungen der Bundesregierung. Wir begrüßen ihre Absicht, mit zusätzlichen Ausgaben im Bundeshaushalt und mit steuerlichen Entlastungen für die Arbeitnehmer Konjunktur und Beschäftigung erneut anzustoßen.

Es ist bedrückend, daß sich das gesellschaftspolitische Klima für eine gezielte und konstruktive Bewältigung der entstehenden Probleme keineswegs entscheidend verbessert hat. Das Gerede von der aggressiven und uneinsichtigen Haltung der Gewerkschaften stellt die Dinge geradezu auf den Kopf. Es sind die Arbeitgeber, die gemeinsam mit den ihnen zugehörigen Politikern und Publizisten mit ihren Schlagworten von der gewerk-

schaftlichen Fremdbestimmung im Betrieb, von der Funktionärsherrschaft, vom Gewerkschaftsstaat und von der Lohn-Arbeitslosen-Spirale systematisch eine antigerwerkschaftliche Kampagne aufgebaut haben und sie unerbittlich weiterführen.

Arbeitgeber verschlechtern das Klima

Der vorläufige Höhepunkt dieser Entwicklung ist die Verfassungsbeschwerde der Arbeitgeber gegen das Mitbestimmungsgesetz von 1976. Wir bestreiten niemandem das Recht, Klage vor dem Bundesverfassungsgericht zu führen und diese Klage auch zu verlieren. Es geht den Arbeitgebern doch gar nicht um dieses Gesetz, das den Namen Mitbestimmung kaum verdient. In Wahrheit wollen sie die echte Mitbestimmung verhindern, sie wollen eben Herr im Hause bleiben. Dies hat der Chef des Mannesmann-Konzerns, Herr Overbeck, in seinem „Spiegel-Interview sehr bemerkenswert und deutlich mit den Worten beschrieben: „Wenn die Karlsruher Entscheidung festlegt, daß es in Sachen Mitbestimmung keine weitere Entscheidung geben wird, wäre das Vorhaben (die Klage) durchaus lohnend . . .“

Ein verwerfliches Spiel mit dem Verfassungsgericht

Mit anderen Worten: Die Unternehmer glauben selbst nicht daran, daß das neue Mitbestimmungsgesetz tatsächlich verfassungswidrig ist. Sie arbeiten mit Argumenten, von deren Stichhaltigkeit sie selbst nicht überzeugt sind. Dies alles soll vielmehr dazu dienen, einen künftigen Gesetzgeber durch Richterspruch festzulegen. Weil sie fürchten, daß unsere Forderung nach qualifizierter Mitbestimmung einmal erfüllt wird, wollen die Unternehmer und Arbeitgeber das Bundesverfassungsgericht heute dazu veranlassen, dem einen Riegel vorzuschieben. Ich sehe in diesem politischen Spiel einen verwerflichen Mißbrauch des Bundesverfassungsgerichts, eines unserer höchsten Staatsorgane. Diese rücksichtslose Kalkulation der Arbeitgeber darf nicht aufgehen.

. Die Unternehmer sollten endlich zur Kenntnis nehmen, daß das Grundgesetz in der Frage der Wirtschaftsordnung offen ist. Und es ist kein Unternehmerstatut! Mit der Klage gegen ein vom Bundestag fast einstimmig beschlossenes Gesetz, mit dem Angriff auf die Mitbestimmung insgesamt, stellen die Arbeitgeber diesen Verfassungskompromiß des Jahres 1949 in Frage.

Die Arbeitnehmer müssen enger zusammenrücken!

Leute, die gegen Reformen und Gewerkschaften einen Kampf mit solchen, ja mit allen Mitteln führen, müssen damit rechnen, daß die Gewerkschaften die bisherigen Formen der Auseinandersetzung überdenken. Bei der Unternehmerkampagne geht es eben nicht nur um Arbeitslosigkeit, um Löhne, um Mitbestimmung. Es geht auch um die Reformfähigkeit unserer Gesellschaft.

Es ist ein fester Bestandteil im Arsenal reaktionärer Kräfte, soziale Reformen zu bekämpfen und mit dem üblen Geruch verfassungswidrigen Denkens und Handelns zu überziehen. Wir sollen wieder die vaterlandslosen Gesellen sein. Diese selbsternannten Hüter von Recht und Ordnung suchen in der Maske des Biedermanns gesellschaftlichen Rückschritt. Sie wollen ihre bestehenden Privilegien mit allen Mitteln erhalten und

festschreiben. Diese Art der Auseinandersetzung ist eine ernste Gefahr für demokratische Diskussionen und sozialstaatliche Entwicklungen. Die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft steht heute auf dem Spiel!

Von den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften Zurückhaltung und Opfer zu verlangen und im Gegenzug eben diese Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften zu diskriminieren und ihnen noch Nackenschläge zu versetzen, das läßt sich mit uns nicht machen! Und die Arbeitgeber müssen wissen, wenn sie diesen Weg weitergehen, dann tragen sie die Folgen. Für uns selbst ist aber nur eines gewiß: Gemeinsam und solidarisch werden wir die Belastungsprobe bestehen, die den Arbeitnehmern aufgezwungen wird. Wir lassen uns auch nicht durch die Flut und die Unverfrorenheit der gegnerischen Argumente beeindrucken. Zaghafte Verteidigung von Arbeitnehmerinteressen ruft doch immer neue Attacken hervor.

Deshalb müssen wir zusammenrücken. Wir müssen enger zusammenrücken, um gemeinsam und solidarisch diese Belastungsproben zu bestehen, die den Arbeitnehmern aufgezwungen werden.

*Heinz Oskar Vetter,
auszugsweise zitiert nach: Die Quelle,
Heft 10/1977*